

Nushasi 5 Krustur  
ABONE  
(Posta ücreti dahil olmak üzere)  
DAHİL İÇİN HARIÇ İÇİN  
Aylık Türk lirası 1.50 R.M. 5.-  
Üç aylık " " 4.25 " 13.-  
Altı aylık " " 8.- " 25.-  
Bir senelik " " 15.- " 50.-  
yahut mükabili.  
İdarehane  
Tekke Caddesi No. 585 ve 587.  
Telegraf adresi: Türki-post.  
Telefon: Beyoğlu 209 ve 210.  
Posta Kutusu: Galata 269.

# Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Krus  
BEZUGSPREISE:  
Inland Ausland  
für 1 Monat T. Pfd. 1.50 R.M. 5.-  
3 Monate " 4.25 " 13.-  
6 Monate " 8.- " 25.-  
12 Monate " 15.- " 50.-  
oder Gegenwert  
Geschäftsleitung:  
Tekke-Strasse Nr. 585-587.  
Drahtanschr.: Türki-post.  
Fernspr.: Beyoğlu 209 u. 210.  
Postfach: Galata 269.

5. Jahrgang Nr. 318

Tagesszeitung für den Nahen Osten

Stambul, Mittwoch, 19. Nov. 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptzeit Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

## SEKÜLER

### Der Abschlusspunkt.

Die Berliner Presse zur Tardieu-Rede.  
Berlin, 14. November.  
Während es nach der Rede Briands in der Kammer noch möglich scheinen konnte, die Politik der sogenannten Verständigung mit Frankreich noch eine Zeit lang hinzuschleppen, wollte offenbar die Rede des Regierungschefs Tardieu den Abschlusspunkt unter einer Periode der deutsch-französischen Beziehungen setzen, die sieben Jahre umfasst hat. So schreibt die „DAZ“ zu der ausserpolitischen Aussprache in der französischen Kammer und ähnlich äußert sich Freitagabend und Sonnabend früh die Mehrzahl der Berliner Blätter. Die „Germania“ unterstreicht die scharfen Gegensätze, die sowohl im Ton wie in der Auffassung und in den Zielen in den Reden der beiden Staatsmänner zum Ausdruck gekommen sind. Diese Gegensätze und Zweideutigkeiten seien für eine positive Fortentwicklung der europäischen und in erster Linie der deutsch-französischen Politik von ausserordentlich schädlicher Wirkung. Die politischen Perspektiven, die Tardieu's Auffassungen eröffnen, seien überaus ernst. Sie bedeuteten nichts anderes als die Aufrichtung von Barrikaden gegen eine vernünftige, zeitgemässe und ehrliche Weiterentwicklung der europäischen Politik.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt unter der Überschrift „Demaskierung“ einen Aufsatz, in dem sie sagt, die Aussprache habe wieder einmal das wahre Gesicht Frankreichs gezeigt. Nach dem Gaukelspiel Hervés habe Tardieu offenbar gesprochen, als es es sonst vielleicht aus taktischen Rücksichten getan hätte. Das Blatt erblickt darin eine scharfe Zurückweisung der letzten Kundgebung des deutschen Reichskanzlers, eine bedingungslose Ablehnung der deutschen Revisionswünsche und eine Ankündigung von neuen Entwürfen und Zerstörungsforderungen. Die „Börsen-Zeitung“ erblickt in der Gegensätzlichkeit der Reden Briands und Tardieu's das Werk einer einheitlichen, meisterlichen Regie. Die Rollen seien gut verteilt gewesen. Das Blatt geht dann besonders auf die Schmeichelei für Preussen ein, die Briand ausgesprochen hat, und sagt, dieser Einblick in die französischen Herzenswünsche gebe hoffentlich allen Deutschen, die die politische Verantwortung zu tragen haben, für die nächsten Monate innenpolitisch die Richtschnur des Handelns. Der französische Ministerpräsident habe die Verpflichtung der Unterzeichner von Versailles zur Abrüstung abgelehnt und damit den klaren Wortlaut des Artikels 8 der Völkerbundsatzung verfälscht. Unter der Überschrift „Schwertförmigkeit“ zu den Worten Tardieu's, die Abrüstung der Sieger sei nur als Möglichkeit in Betracht gezogen worden, sie seien eine Verleugung feierlich geschlossener Verträge. Deutschland habe ein Recht auf die Abrüstung der anderen, und Tardieu's Worte erforderten den schärfsten Einspruch. Auch seine Äußerung über die Revision sei eine Drohung, die bei den Bedrohten das Gegenteil von dem bewirken muß, was sie bewirken sollte: den Zerfall auch des letzten Vertrauens zum Friedenswillen Frankreichs. Die „Vossische Zeitung“ stellt fest, dass es zwischen der Politik des Aussenministers und der der anderen, die der Ministerpräsident ihr entgegengesetzt habe, keine Brücke gebe. In einem Pariser Bericht des Blattes heisst es, der Friede, den die französischen Nationalisten wollen, sei ein Friede, der alles so belässt, wie das Diktat der Sieger es geordnet habe, der Frankreichs politische, militärische und wirtschaftliche Vormachtstellung als heilig anerkennt und den anderen Nationen zumutet, Frankreichs Sicherheit und Besitz, seiner Ruhe und seinem Wohlbehagen das Opfer der eigenen Interessen und Lebensnotwendigkeiten zu bringen.

### Eröffnung der Flussschiffahrtskonferenz.

Genf, 18. Nov. (A.A.)  
Die Konferenz der Flussschiffahrtsgesellschaften für die Vereinheitlichung der Rechte der Flussschiffahrt wurde heute eröffnet. 23 Länder sind an der Konferenz beteiligt.

### Der Gasi über die Auflösung der liberalen Partei.

Nachdem Fethi Bey und seine Anhänger den Entschluss zur Auflösung der Partei gefasst hatten, begab sich Fethi Bey zum Staatspräsidenten um ihn davon in Kenntnis zu setzen. Der Gasi nahm den Entschluss entgegen und äusserte, dass die für die Auflösung angeführten Ursachen ungenügend begründet seien, dass er aber keine Notwendigkeit sehe, die freie Handlung der Kameraden, wenn sie unbedingt auf die Auflösung bestehen, einzuschränken.

### Ibrahim Tali Bey.

Der Generalinspektor der Ostwilajet Ibrahim Tali Bey, ist aus Ankara neuerdings zu kürzerem Aufenthalt hier eingetroffen.

### Fethi Bey.

Fethi Bey erklärte im Bekanntenkreise, dass er weiter in der Kammer als unabhängiger Abgeordneter wirken werde. Es könne gar keine Rede davon sein, dass er in die Volkspartei überträte. Wenn es notwendig sein würde, würde er sogar sein Abgeordnetenmandat niederlegen.

### Erdbeben in Smrna.

Gestern vormittags um 9.12 Uhr wurde ein leichtes Erdbeben in der Stadt wahrgenommen. Irgendwelche Sachschäden sind nicht gemeldet.

### Von der griechischen Kammer.

Athen, 18. November (A.A.)  
Der auswärtige Ausschuss der Kammer trat heute zu einer Sitzung zusammen. Aussenminister Michalakopoulos erläuterte die neuen politischen Gesichtspunkte, die durch die Unterzeichnung der Ankaraer Verträge entstanden sind. Eine besondere Diskussion über die Verträge fand nicht statt, aber die Nützlichkeit und die Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses mit der Türkei wurde besprochen und mit Einstimmigkeit angenommen. Gleichzeitig wurde die Basis der Politik, die zwischen den beiden Ländern den Frieden und die Mitarbeit an einem Balkanbund sichert, angenommen.

### Ein neues Stadtviertel bei Athen.

(Eigener Dienst der „Türkischen Post“)  
Athen, Mitte November.  
Auf dem Wege zum Seebad Phaleron soll ein völlig neues Stadtviertel entstehen, das auf einem bisher brach liegenden Gelände errichtet werden soll. Das neue Viertel wird Neu-Smyrna getauft und soll zu einem der modernsten Athener Stadtteile ausgebaut werden. Die Bauarbeiten sind der französischen Gesellschaft Hausmann zugeteilt worden.

### Generalstreik in Barcelona.

Barcelona, 18. Nov. (A.A.)  
Heute wurde in der Stadt der Generalstreik proklamiert. Der Verkehr der Strassenbahn, der Omnibusse und der Kraftwagen ruht.

### Riesenbrand in Belgrad.

Belgrad, 18. November.  
Hier wurde eine Seidenfabrik durch ein Großfeuer vernichtet. Der Brand griff auch auf eine benachbarte, Kunstblumenfabrik über, die auch eingeschmolzen wurde. Die Löscharbeiten der Feuerwehr konnten erst nach langer Zeit einsetzen, da die Hydranten versagten. Der angerichtete Schaden ist noch nicht festgestellt. Er dürfte aber den Betrag von siebeneinhalf Millionen Dinar übersteigen.

Gestriger Schluss-Kurs:  
1 Reichsmark = 50.50 Piaster.

### Der türkisch-griechische Flottenpakt.

Beifall in Genf.  
Bei der Beratung in der vorbereitenden Abrüstungskommission über die türkisch-griechische Flottenpakt, die der türkische Aussenminister Tewfik Rüşdi Bey eine Ansprache, in der er die Kommission davon in Kenntnis setzte, dass zwischen Griechenland und der Türkei, zur Beseitigung des Wettrennstens zur See und für die Vermeidung von übermässigen Budgetausgaben, ein Vertrag unterzeichnet worden sei, der für die Sicherung des Friedens auf dem Balkan und im nahöstlichen Mittelmeer einen grossen Faktor darstelle.

Im Anschluss daran ergriff der griechische *Chetdelierte Politis* das Wort und las den Text des türkisch-griechischen Flottenausgleichsabkommens vor und wies dann auf die seit Jahrzehnten zwischen den beiden Ländern bestehende Feindschaft hin und erklärte, dass durch abgeschlossene Verträge nunmehr zwischen den beiden Staaten eine wahre Freundschaft bestehe. Beide Länder sind mit dem bestehenden status quo zufrieden und erheben keine territorialen Ansprüche mehr, vielmehr wollen sie sich im Rahmen ihrer jetzigen Grenzen friedlich entwickeln. Desweiteren wies Politis auf den grossen Fortschritt hin, den dieses Abkommen zum allgemeinen Frieden beitragen werde.

### Eine Niederlage der Regierung in Bulgarien.

Sofia, 14. November.  
Am 9. November wählten 48 bulgarische Provinzkreise ihre Kreisräte. Diese Wahlen, die sonst nur lokalen und wenig politischen Charakter zu tragen pflegten, wurden von der Regierung diesmal als bedeutungsvoll bezeichnet, weil sie eine Art Voraussage für die im Frühjahr 1931 zu erwartenden Sobranjwahlen darstellen sollten. Nach dem Ausfall der Wahlen kann die Regierung des Demokratischen Sgovor, die seit acht Jahren am Ruder ist, für das Frühjahr kaum mehr als eine Niederlage erwarten. Zur allgemeinen Verblüffung hat nämlich der Sgovor zum ersten Mal nur 43 v. H. aller Stimmen erhalten, während er sonst eine Mehrheit von 50 bis 60 v. H. erzielt. Die Bestürzung im Regierungslager ist gross, denn man hat keineswegs mit einer Niederlage gerechnet, sondern eher mit einem Stimmengewinn, weil man ausgiebig mit der Königsheirat agitiert hatte, die die Regierungspartei gerne als eigenen Erfolg buchen möchte, obwohl sie bulgarischerseits einzig auf das Konto des Ministerpräsidenten Liaptschew geht. Dieser aber verkörpert nicht mehr allein den Sgovor. Im Gegenteil, die durch innere Zerwürfnisse jahmgelegte Streikkraft der Partei hat es bewirkt, dass die Opposition so grossen Zuwachs erhalten konnte.

Daneben spielte die wirtschaftliche Krise und die Energielosigkeit der Regierung im Kampfe gegen diese Krise eine entscheidende Rolle. Den besten Fingerzeig hierfür geben die von der Opposition erzielten Ergebnisse. Da ist zunächst die Fünfer-Koalition bürgerlicher Parteien mit stark demokratischem Einschlag, die dem Sgovor einiges Wasser abgaben hat. Der Erfolg dieser Koalition ist aber bei weitem nicht so gross, wie ihn ihr eigentlicher Führer, der Demokrat Malinoff, erhofft hatte. Der wahre Zug in Bulgarien geht heute zu den äussersten politischen Flügeln. Die Nationalliberale Partei Smiloffs, etwa mit einer konservativen Partei vergleichbar, hat einen ganz gewaltigen Zuzug bekommen, nicht zuletzt deswegen, weil auf Beschluss des mazedonischen Nationalkomitees die mazedonische Emigration, die bisher den Sgovor stillschweigend unterstützt hat, den Befehl erhalten hatte, für die Nationalliberalen zu stimmen. Wenn dieser Befehl bei den Sobranjewahlen wieder ergaunert sollte, so hat der Sgovor, dank seiner wenig nachdrücklichen Verteidigung der Minderheitenfrage in der Aussenpolitik mit einem Ausfall von mindestens 20 Mandaten der 700 000 mazedonischen Emigranten zu rechnen.

### Die „Prawda“ über die englisch-indische Konferenz.

Nach Meldungen aus Moskau beschäftigt sich die „Prawda“ ausführlich mit der englisch-indischen Konferenz in London. Die Versuche der englischen Regierung, die Perle der britischen Krone, Indien, für England zu retten, und Indien formal zum Dominion zu erklären, würden, so meint das Blatt, keine politische Entspannung in Indien mit sich bringen, weil die indischen Volksmassen heute die Selbständigkeit verlangen. Selbst Gandhi, der durch englische Zwangsmassnahmen von der Führung der indischen Nationalbewegung ferngehalten würde, sei heute nicht mehr in der Lage, die Bewegung im bisherigen Rahmen fortzuführen, da die heute vollkommen nationalistic eingestellten Massen die Loslösung Indiens von England und die Ausrufung eines selbständigen Staates verlangten. Mit solchen Massnahmen werde England die indische Krise nicht lösen. Nach Ansicht der „Prawda“ müssten alle diese Versuche misslingen, da die indischen nationalistischen Massen die Beschlüsse der englisch-indischen Konferenz sabotieren würden.

Russland—Griechenland.  
Ankara, 18. Nov. (A.A.)  
Die Ratifikationsurkunden des zwischen Sowjetrußland und Griechenland abgeschlossenen Handels- und Schifffahrtsvertrages wurden heute in Moskau ausgetauscht.

### Lohnabbau in Italien.

Rom, 18. November.  
Die italienische Regierung hat heute beschlossen, die Gehälter der Angestellten und Beamten, mit Wirkung von 1. Dezember ab, um 11 Prozent herabzusetzen.

### Von der französischen Kammer.

Paris, 18. November.  
In der heutigen Sitzung der französischen Kammer wurde der sozialistische Antrag, auf Entlassung des Jahrgangs 1929 vom Heeresdienst, abgelehnt. Ministerpräsident Tardieu erklärte, dass dies eine grosse Gefahr für den Staat darstellen würde.

### Cheron.

Paris, 18. November (A.A.)  
Cheron hat dem ihm übertragenen Posten als Justizminister, für den zurückgetretenen Justizminister Peret, angenommen.

### „DO X“.

London, 18. November.  
Wie hier verlautet, wird das deutsche Flugboot „DO X“ seinen Ozeanflug mit acht britischen Rolls Royce Motoren von je 900 PS, die an Stelle der 12 Motoren zu je 600 PS eingebaut werden, unternehmen.

### Moskau zu den neuesten Ereignissen in China.

Moskau, 18. November.  
Die offiziellen „Iswestija“ nehmen gegenüber den neuesten Ereignissen in China eine vorsichtige abwartende Haltung ein. Die Annäherung zwischen Nanking und Mukden und die scheinbare Verständigung zwischen Tschangschai und Tschangschai ist nach Meinung des Sowjetblattes nicht ernst zu nehmen, die Zusammenkunft dieser beiden chinesischen Führer entspringe nur dem Bedürfnis nach einer Ruhepause, um in dieser Zeitspanne sich zu neuen Kämpfen gegeneinander zu rüsten. Auch die Meldung darüber, dass der General Feng sich aus dem politischen Leben zurückziehen wolle, wird von den „Iswestija“ nur als Spiegelreflexion behandelt. Da die Sowjetregierung sich jetzt wieder um eine Fortsetzung der chinesisch-russischen Konferenz bemüht, erscheint die misstrauische Einschätzung der Lage in China durch ihr offizielles Organ beachtenswert.

### Aussenhandelsbilanz der U.S.A. im Monat Oktober.

Washington, 18. Nov. (A.A.)  
Die Einfuhr der U.S.A. im Monat Oktober belief sich auf 248 Millionen Dollar (1929 — 391 Millionen Dollar) und die Ausfuhr 328 Millionen Dollar (1929 — 509 Millionen Dollar).

### Zahlungseinstellung von Banken in den U.S.A.

New York, 18. Nov.  
Mehrere Banken in zwei Südstaaten haben ihre Schalter geschlossen. Die Schliessung der Nationalbank of Kentucky von Louisville mit einer Reserve von 54 Milli. Dollar wurde notwendig durch die Zahlungseinstellung von fünf kleinen Banken.

### Demonstrationen in Bern.

Bern, 17. November.  
Eine grosse sozialistische Demonstration gegen militärische Rüstungen wurde heute vor dem Parlamentsgebäude veranstaltet. Mehrere Reden wurden gehalten. Zu irgend welchen Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

### Die neue Arbeiterpolitik der Sowjetregierung.

#### Abschaffung der Arbeitsbörsen. „Planwirtschaftliche Versorgung mit Arbeitskräften.“

(Von unserem Moskauer Sonderberichterstatter Moskau, im November)  
Die neue Arbeiterpolitik der Sowjetregierung nimmt immer festere Formen an. Die neuesten Verordnungen auf diesem Gebiet zeigen deutlich, daß die drastischen sozialpolitischen Maßnahmen der letzten Zeit, vor allem die Aufhebung der Freizügigkeit der russischen Arbeiter, keineswegs als vorübergehende Notmaßnahmen gedacht worden sind, sondern im ganzen politischen und wirtschaftlichen System des Sowjetstaates fest verankert werden sollen.

Die organisatorische Formung der neuen Arbeiterpolitik ist dem Arbeitskommissariat der Sowjetunion übertragen worden, dessen neuer Leiter Zychon die Fehler und Unterlassungen der früheren „rechtsopportunistischen“ Leitung des Kommissariats und der Gewerkschaften wieder gutmachen soll. Dabei ist es sehr bemerkenswert, daß der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften, sowie die einzelnen Gewerkschaftsverbände bei der Ausarbeitung dieser neuen Maßnahmen eine nur untergeordnete Rolle spielen und vielfach nicht einmal gehört werden.

Die neueste Massnahme ist die Abschaffung der Arbeitsbörsen. Das Arbeitskommissariat ist dabei der Ansicht, dass in der gegenwärtigen Etappe der russischen Wirtschaftsentwicklung kein Bedarf an Organen besteht, die nur die Arbeitssuchenden registrieren und ihnen Arbeit anweisen. Die Aufgabe, vor der die russische Arbeiterpolitik von heute steht, sei vielmehr die planwirtschaftliche Regelung der Versorgung der einzelnen Industrie- und Wirtschaftszweige mit Arbeitskräften.

Anstelle der Arbeitsbörsen treten Arbeitsämter und zwar soll das Netz dieser Arbeitsämter im Vergleich zu dem der Arbeitsbörsen sehr stark ausgebaut werden. Die Arbeitsämter der einzelnen Gebiete werden Gebietsämtern unterstellt, die ihrerseits dem Arbeitskommissariat der Sowjetunion unterstehen. In nicht-industriellen Gebieten und auf dem flachen Lande werden einfachere Organisationen geschaffen, die den Namen „Verbetbüros“ tragen werden. Den Arbeitsämtern wird die Bereitstellung und die Kontrolle über die Bereitstellung von Arbeitskräften, sowie die planwirtschaftliche Versorgung der Volkswirtschaft, vor allem der Sowjetindustrie, mit Arbeitern obliegen. Ferner sollen die Arbeitsämter die Kontrolle über die richtige Ausnutzung der Arbeiter in den Betrieben übernehmen. Stellt das Arbeitsamt einen Überschuss an Arbeitskräften in einem Betriebe fest, so müssen die überschüssigen Arbeiter nach solchen Zweigen der Volkswirtschaft bzw. Betrieben versetzt werden, in denen Mangel an entsprechenden Arbeitskräften herrscht.

Zu Beginn jedes Jahres setzt das Arbeitskommissariat der Sowjetunion einen Jahresplan für die planwirtschaftliche Versorgung der Wirtschaft sowie der Behörden mit Arbeitskräften auf, wobei dieser Jahresplan für die einzelnen Betriebe und Behörden obligatorisch ist. Die einzelnen Arbeitsämter schließen mit denjenigen Betrieben, für die sie zuständig sind, Jahresverträge über die Versorgung mit Arbeitern ab. In diesen Verträgen soll genau die Qualifikation der Arbeiter, sowie die Termine für die „Belieferung“ mit Arbeitskräften genau festgelegt werden.

Die erste Aufgabe der Arbeitsämter besteht in einer Neuverteilung der Arbeitskräfte auf die einzelnen Industriezweige und Behörden, wobei diese Arbeit auf Grund eines eingehenden Studiums des Arbeiterbedarfs und des Arbeitsmarktes hinsichtlich der Zahl der Arbeiter jeder einzelnen Qualifikation erfolgen soll.

Im Zusammenhang damit sind nunmehr diejenigen Kategorien der Arbeitssuchenden endgültig festgelegt worden, die von den Arbeitsämtern registriert zur Arbeit entsandt werden sollen. Es